



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

2011/2019(BUD)

27.5.2011

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

für den Haushaltsausschuss

zu dem Mandat für den Trilog über den Entwurf des Haushaltsplans 2012
(2011/2019(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Reinhard Bütikofer

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt den Prozess des Europäischen Semesters, mit dem die Absicht verfolgt wird, eine stärkere wirtschaftspolitische Steuerung zu erreichen; ist der Auffassung, dass die erfolgreiche Umsetzung der Strategie EU 2020 erhebliche, koordinierte, transparente und angemessene finanzielle Verpflichtungen erfordert, damit ihre Prioritäten sowohl auf Ebene der EU als auch der der Mitgliedstaaten eingehalten werden, und dass jegliche Beschränkung der einschlägigen EU-Haushaltsmittel ihren Erfolg gefährden würde;
2. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die grundlegende Breitbandversorgung für alle EU-Bürger bis 2013 sicherzustellen; weist darauf hin, dass im Hinblick auf einen schnelleren Ausbau des Hochgeschwindigkeitsinternets und die Nutzung der Vorteile eines digitalen Binnenmarkts für Haushalte und Unternehmen gemäß der Leitinitiative „Digitale Agenda“ im Rahmen der Strategie EU 2020 die Finanzierung von Breitbandinfrastrukturinvestitionen und Infrastrukturprogrammen durch eine verbesserte Planung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene besser koordiniert werden sollte und dass die EU intensiver mit den Regionen zusammenarbeiten sollte, um sie bei der Ausschöpfung der für diese Zwecke verfügbaren Mittel der Strukturfonds und für die Entwicklung des ländlichen Raums zu unterstützen;
3. begrüßt die Absicht der Kommission, die Ziele des Haushaltsplanentwurfs für 2012 auf die Strategie Europa 2020 auszurichten; hält jedoch die Diskrepanz zwischen den politischen Prioritäten und den tatsächlichen finanziellen Zuweisungen im EU-Haushaltsplan für sehr besorgniserregend, insbesondere in Bezug auf die Energiepolitik, auf die nur 0,5 % der Mittel des EU-Haushaltsplans entfallen und für die die Haushaltsmittel 2012 noch gekürzt werden sollen; bedauert ferner die Tatsache, dass die Unterstützung für nachhaltige Energieprioritäten nur einen sehr kleinen Teil der FuE+I-Programme ausmachen;
4. unterstreicht die Bedeutung der Fazilität für Finanzierung auf Risikoteilungsbasis im Rahmen des Siebten Forschungsrahmenprogramms sowie des Programms für unternehmerische Initiative und Innovation im Rahmen des Programms Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP), die als Modelle für innovative Finanzinstrumente in Europa dienen, bei denen sowohl Mittel aus dem EU-Haushaltsplan als auch Finanzmittel der EIB für die Unterstützung der Unternehmensentwicklung und der Verwirklichung der Ziele der Leitinitiative „Innovationsunion“ im Rahmen der Strategie EU 2020 genutzt werden; fordert die Kommission auf, diese Instrumente in den Bereichen Forschung, Innovation und Energie auszuweiten;
5. weist darauf hin, dass Investitionen in FuE+I ein langfristiger und für die Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 wesentlicher Prozess sind; ist der Ansicht, dass die EU ihre Ausgaben auf die Bereiche konzentrieren sollte, die, wie Innovation und FuE, Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit stimulieren und dazu beitragen, die umfangreichen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen; verweist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit, die Bedingungen

für FuE+I zu verbessern; betont, dass FuE in erneuerbare und nachhaltige Energie, Energieeffizienz und Technologie für die Energiespeicherung und Ressourceneffizienz von besonderem Interesse im Hinblick auf die Energie- und Klimaziele der EU ist; fordert eine Bewertung der Machbarkeit und Wirksamkeit der Nachhaltigkeitskriterien in den FuE+I-Programmen der EU und den Projektauswahlverfahren;

6. verweist auf die Bedeutung einer integrierten Energieinfrastruktur in der EU für die Energiesicherheit und einen gemeinsamen EU-Energiemarkt; betont, dass in der Finanzplanung zwar gegenüber der ursprünglichen Mittelausstattung eine umfangreiche Aufstockung des Haushaltsplans 2007-2013 für das Programm TEN-Energie vorgesehen ist, der Haushaltsplanentwurf jedoch 12,5% Kürzung der Mittel für dieses Programm enthält und die veranschlagten 22 Mio. Euro im Vergleich zu den entstehenden Herausforderungen und dem Programm TEN-Verkehr jedoch immer noch sehr begrenzt sind; fordert, dass mehr Haushaltsmittel für die Weiterentwicklung der EU-Infrastrukturnetze und -technologie, insbesondere intelligente Stromnetze und ein europäisches Super-Stromnetz, veranschlagt werden, um eine bessere Integration des EU-Energiemarktes und die Einführung von aus erneuerbaren Quellen gewonnener Energie zu fördern und zur Entwicklung der für den Einsatz elektrischer Fahrzeuge benötigten Infrastruktur beizutragen;
7. weist darauf hin, dass die EU und die Mitgliedstaaten nicht genügend in Maßnahmen zur Verringerung der CO₂-Emissionen und zur Erhöhung der Energieeffizienz im Gebäude- und Verkehrssektor investiert haben; fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden und zentralen städtischen Wärme- und Kälteversorgungsnetzen zu ergreifen und 2012 als Teil der Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens mehr Mittel bereitzustellen;
8. erinnert daran, dass das Siebte Forschungsrahmenprogramm vollständig umgesetzt werden sollte; unterstützt Bemühungen, zusammen mit der EIB und dem EIF innovative Wege zu beschreiten, um Investitionen zu mobilisieren sowie Forschung und Innovation zu fördern, beispielsweise die Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis; unterstützt die Freigabe zusätzlicher Haushaltsmittel für die Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis, fordert aber auch eine bessere Aufnahme unter den KMU;
9. lehnt den Vorschlag der Kommission ab, für das Siebte Rahmenprogramm zugewiesene Mittel auf das Projekt ITER umzuschichten; empfiehlt, das ITER-Programm aus den verbleibenden Margen zu finanzieren;
10. unterstreicht die Bedeutung des Erasmus-Programms für junge Unternehmer und fordert die Kommission auf, 2012 eine angemessene Mittelausstattung für dieses Programm sicherzustellen;
11. verweist auf die dringende Notwendigkeit, sich auf sichere und nachhaltige Technologien zu konzentrieren, die in einer vorhersehbaren Zukunft verfügbar sein werden oder die bereits als Technologie-Säulen der EU-Energie- und Klimapolitik verfügbar sind, wie z.B. die im SET-Plan der EU benannten ausgereiftesten Technologien, die gefördert und umgesetzt werden müssen, um die Ziele von Europa 2020 zu erfüllen; bedauert die Tatsache, dass im Haushaltsplanentwurf 2012 keine Finanzmittel für die Technologien des SET-Plans unmittelbar in der bestehenden SET-Plan-Haushaltlinie enthalten sind; ist

daher der Ansicht, dass unverzüglich Vorkehrungen für die langfristige Finanzierung zur Entwicklung derartiger innovativer nachhaltiger Energietechnologien getroffen werden sollten;

12. fordert eine vollständige Umsetzung des „Small Business Act“ mit der Einführung von KMU-bezogenen politischen Maßnahmen, einschließlich Maßnahmen, um den Zugang von KMU zu Finanzmitteln zu verbessern, ihre Beteiligung an öffentlichen Aufträgen zu erhöhen und spezifische Programme und innovative Finanzmechanismen zu entwickeln; fordert, dass die spezifischen Programme des CIP Rahmenprogramms – ein KMU-Leitprogramm – erheblich aufgestockt und die für dessen Umsetzung zuständige Exekutivagentur (die EACI) umfassend unterstützt werden;
13. befürwortet die Ausgabe von Projektanleihen, um Europas umfangreichen Infrastrukturbedarf und die strukturellen Projekte der Agenda EU 2020, voraussichtliche neue EU-Strategien wie die neue Strategie für die Entwicklung der Energieinfrastruktur und weitere umfangreiche Projekte zu finanzieren; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass das Verfahren für europäische Projektanleihen möglichst rasch eingeführt wird, jedenfalls vor 2014, dem im einschlägigen Konsultationspapier der Kommission genannten angestrebten Termin;
14. ist der Ansicht, dass eindeutige und ehrgeizige Ziele und eine ausreichende Finanzierung für eine Politik für nachhaltige Energie, Energieeffizienz und Ressourceneffizienz kostenwirksame Vorteile für die europäische Wirtschaft insgesamt bewirken können; fordert, dass öffentliche und private Mittel der EU und der Mitgliedstaaten für Investitionen in diese vorrangigen Sektoren bereitgestellt werden; begrüßt in diesem Zusammenhang die Überprüfung der Energiesteuer-Richtlinie, die umfangreiche Anreize für eine Verlagerung auf erneuerbare Energiequellen liefern kann;
15. begrüßt die vorgeschlagene Mittelaufstockung für die Europäische Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) in Anbetracht der Annahme der REMIT-Verordnung und der zunehmenden Zuständigkeiten der Agentur; fordert, dass mehr Haushaltsmittel für die Weiterentwicklung der EU-Infrastrukturnetze und -technologie, insbesondere intelligente Stromnetze und ein europäisches Super-Stromnetz, veranschlagt werden;
16. weist darauf hin, dass die Zahlen der Finanzplanung für EURATOM für 2012 sehr vorläufigen Charakter haben; betont daher, dass bewertet werden muss, ob die EU-Mittelzuweisungen für Projekte im Rahmen der atomaren Sicherheit ausreichen, um die Kosten der Stresstests in allen Atomanlagen in der EU zu decken;
17. betont, dass Notlösungen wahrscheinlich Erfolg und Mehrwert strategischer EU-Projekte gefährden; ist der Ansicht, dass stattdessen langfristige haushaltspolitische Lösungen sowie nachhaltige Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden müssen; betont, dass ordentliche Verwaltung, sorgfältige Planung und ein Zeitplan, wirtschaftliche Haushaltsführung und klare Grenzen für eine EU-Beteiligung und eine eigene Haushaltsrubrik für großangelegte Projekte gewährleistet werden müssen, bevor irgendwelche zusätzlichen Mittel zugewiesen werden; betont, dass EU-Mittelzuweisungen für solche Projekte nicht aus Mittelumschichtungen aus anderen FuE-Programmen der EU stammen sollten und dass jegliche zusätzlichen Kosten, die entstehen können, umfassend

begründet werden müssen. erwartet die künftigen Vorschläge der Kommission zu den technischen und finanziellen Möglichkeiten für die Weiterentwicklung von Galileo und GNSS und betont, dass unbedingt Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die Entfaltung der vollen operativen Leistungsfähigkeit von Galileo zu finanzieren; fordert die Kommission auf, die Möglichkeit zu prüfen, Einnahmen aus dem öffentlich-rechtlichen Dienst oder den kommerziellen Diensten zu verwenden, um Galileo zu finanzieren.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	26.5.2011
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 30 -: 3 0: 2
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Jean-Pierre Audy, Ivo Belet, Bendt Bendtsen, Reinhard Bütikofer, Maria Da Graça Carvalho, Jorgo Chatzimarkakis, Adam Gierek, Fiona Hall, Edit Herczog, Romana Jordan Cizelj, Lena Kolarska-Bobińska, Philippe Lamberts, Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz, Judith A. Merkies, Jaroslav Paška, Anni Podimata, Herbert Reul, Teresa Riera Madurell, Jens Rohde, Paul Rübig, Francisco Sosa Wagner, Claude Turmes, Niki Tzavela, Vladimir Urutchev, Kathleen Van Brempt, Alejo Vidal-Quadras, Henri Weber
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Antonio Cancian, Jolanta Emilia Hibner, Yannick Jadot, Ivailo Kalfin, Vladko Todorov Panayotov, Algirdas Saudargas, Silvia-Adriana Țicău, Catherine Trautmann